



Deutsche schlagen Fonds für die Nichtförderung von Öl vor

Bundestagsabgeordnete haben dem Präsidenten der Republik Guatemala, Álvaro Colom, fraktionsübergreifend die Einrichtung eines wirtschaftlichen Entschädigungsfonds als Ausgleich für den Verzicht auf die Förderung von Rohöl im Nationalpark Laguna del Tigre, Petén, vorgeschlagen. Damit ist nach Auffassung einiger Umweltschützer das Argument der Regierung für die Verlängerung des Erdölförderungsvertrags 2-85 hinfällig.



Abgeordnete der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und SPD sowie von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken haben sich in diesem Monat mit einem Brief an Präsident Colom gewandt, in dem sie die Entwicklung eines Programms ähnlich dem in Ecuador umgesetzten Programm vorschlagen, um den Nationalpark Laguna del Tigre vor der Ölförderung zu schützen.

In dem Brief wird darauf hingewiesen, dass das Gebiet des Maya-Biosphärenreservats aufgrund seines einzigartigen Charakters und seiner biologischen Vielfalt international bekannt ist; dies gilt insbesondere für den Nationalpark Laguna del Tigre und das Biotop Laguna del Tigre-Río Escondido, die durch eine außerordentliche biologische Vielfalt und zahlreiche archäologische Ausgrabungsstätten gekennzeichnet sind.

Gleichwohl hat die Regierung der Republik Guatemala heute den Erdölförderungsvertrag 2-85 verlängert, der den Abbau des schwarzen Goldes in diesem Gebiet ermöglicht.

In dem Schreiben wird darüber hinaus betont, dass es sich bei diesem Gebiet nach dem Ramsar-Übereinkommen um ein Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung handelt, da es Rückzugsgebiet für Wasservögel ist. Das Biosphärenreservat wird als bedeutendstes und weiträumigstes Feuchtgebiet Mittelamerikas angesehen.

Die Übersetzungen des Sprachendienstes sind dazu bestimmt, die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung ihres Mandats zu unterstützen. Dem Deutschen Bundestag stehen die Rechte an der Übersetzung zu. Eine Veröffentlichung oder Verbreitung bedarf der Genehmigung durch die Leitung der Abteilung W.

Vor diesem Hintergrund schlagen die Bundestagsabgeordneten der guatemaltekischen Regierung vor, die Initiative des Yasuní-Parks in Ecuador aufzugreifen, in deren Rahmen dem Land mithilfe eines Treuhandfonds von Seiten verschiedener Teilhaber, darunter der Bundesrepublik Deutschland, Ausgleichszahlungen für den Verzicht auf die Erdölförderung gewährt werden.

In dem Brief wird bekräftigt, dass dieser Vorschlag eine Alternative zur Verlängerung des Erdölförderungsvertrags 2-85 im Nationalpark Laguna del Tigre darstellt.

Damit soll nicht nur ein Ausgleich für die Erdölförderung geschaffen, sondern auch der Schutz der biologischen Vielfalt garantiert werden.

Darüber hinaus sollen dem Brief zufolge Alternativen für die rationale Nutzung der Güter und Dienstleistungen der Umwelt erarbeitet werden.

Die Abgeordneten bekräftigen in ihrem Schreiben die Unterstützung Deutschlands und Europas für dieses Projekt in Guatemala. Gleichzeitig kündigen sie die Reise einer Delegation von Bundestagsabgeordneten nach Guatemala an, die im November 2010 stattfinden soll.

Damit der Deutsche Bundestag die Einrichtung eines Entschädigungsfonds verabschieden kann, muss das Nehmerland über einen hohen biologischen Reichtum verfügen, und es muss sich um ein Entwicklungsland handeln, das sich zwischen dem Wendekreis des Krebses und des Steinbocks in der tropischen Zone befindet. Darüber hinaus muss es in als biologisch und kulturell sehr empfindlich ausgewiesenen Gebieten über wichtige fossile Brennstoffreserven verfügen.

Keine offizielle Stellungnahme

Auf entsprechende Nachfrage versicherte der Sprecher des Präsidenten, Guissepi Calvinisti, dass die Regierung bislang offiziell zu diesem Schreiben keine Stellung bezogen habe.

Der Staatsbeamte betonte, dass "jeder Vorschlag willkommen ist, der dem Fortschritt des Landes dient und nicht nur ein kleiner Fortschritt ist".

Internationale Bedeutung

Rafael Maldonado, der Koordinator des Zentrums für Verfahren im Umwelt- und Sozialrecht (*Centro de Acción Legal Ambiental y Social*), bekräftigte: "Es ist peinlich, dass internationale Gremien wie der Deutsche Bundestag die guatemaltekische Regierung auf die Bedeutung hinweisen müssen, die Laguna del Tigre auf regionaler und globaler Ebene hat, während Präsident Colom offenbar hartnäckig an der Zerstörung dieses Gebietes festhält".

Er fügte hinzu, dass der Vorschlag aus Deutschland richtig sei und im Zusammenhang mit weiteren finanziellen Hilfen, die Regierungen aus anderen Ländern für dieses Gebiet bereitstellen, sowie mit den Einnahmen, die der Park selbst erwirtschaftet, gesehen werden müsse.

Nach Auffassung von Maldonado macht dieser Vorschlag "den trügerischen Diskurs" des Präsidenten Colom, des ehemaligen Ministers Carlos Meany und des amtierenden Energieministers Romeo Rodríguez zunichte, bei dem das Geld, das die Erdölförderung abwirft, deutlich im Vordergrund steht.

Francisco Castañeda, Direktor des Zentrums für Umweltschutzstudien (*Centro de Estudios Conservacionistas*), ist der Auffassung, dass der Vorschlag aus Deutschland der Regierung Guatemalas eine gute Möglichkeit bietet, Einnahmen zu erzielen, ohne die Institutionalität des Landes zu verletzen, wie es bei einer Verlängerung des Erdölförderungsvertrags der Fall wäre.

Nach Ansicht von Magalí Rey Rosa, der Direktorin der "Schule für kraftvolles Denken" (*Escuela de Pensamiento Savia*), sind Präsident Colom das Projekt in Ecuador und die Absicht, den Nationalpark Laguna del Tigre zu schützen, seit zwei Jahren bekannt.

Legalität

Vida Amor de Paz, Direktorin der Stiftung "Bosque Tropical", wies auf Folgendes hin: "Wir sind nicht gegen Öl; das Problem in diesem Fall ist, dass die Vertragsverlängerung einen Gesetzesverstoß darstellen würde, und wenn es andere Möglichkeiten gibt, zum Beispiel den Vorschlag der Bundestagsabgeordneten, mit dem rechtstaatliche Grundsätze gewahrt werden, ist das gut".

Sie betonte, dass man durchaus Öl fördern könne, aber nur in Gebieten, die nicht als Schutzzonen ausgewiesen sind, da der Gesetzeslage zufolge in der Kernzone des Maya-Biosphärenreservats kein Öl gefördert werden darf.

Jorge Cabrera, Direktor der Stiftung "Kukulcán", wies darauf hin, dass sich keine Behörde über das Gesetz stellen dürfe und die Verlängerung des Erdölförderungsvertrages gegen die Normen des Landes verstoße. An erster Stelle seien die obersten Beamten und der Präsident der Republik aufgerufen, sich an das Gesetz zu halten, da ihnen die Aufgabe zukomme, bei der Wahrung der nationalen Interessen gegenüber wirtschaftlich einflussreichen Minderheiten mit gutem Beispiel voranzugehen.

Er erklärte, dass der Vorschlag aus Deutschland tragfähig sei, man aber berücksichtigen müsse, dass dessen Konkretisierung einige Zeit dauern könnte, da er nicht unmittelbar umgesetzt werden könne.

Die befragten Personen erklärten, dass die Annahme des Vertrages 2-85 einen Verstoß gegen internationale Vereinbarungen, z.B. das Ramsar-Übereinkommen, darstellt.

Verschiedene Organisationen, darunter die Universität San Carlos, haben darauf hingewiesen, dass sie gegen die Annahme dieses Vertrages Rechtsmittel einlegen werden.